

Beschluss A01: Für Mitbestimmung statt Ausbeutung. Unsere Zukunft - unsere Entscheidung!

Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	A - TOP 2 - Aktuelle politische Lage

Unsere Generation ist im Dauerkrisenmodus aufgewachsen – und hat dabei gelernt, wem in diesem Land Priorität eingeräumt wird und wer systematisch zurückgelassen wird. Ob Pandemie, Klimakrise oder Krieg: Immer wieder wurden riesige Summen mobilisiert, wenn es um die Interessen von Konzernen, Lobbyist*innen und Superreichen ging. Währenddessen mussten wir mit geschlossenen Schulen, fehlenden Entlastungen und dem Abbau sozialer Infrastruktur leben. In der Klimapolitik hält die Regierung an klimaschädlichen Subventionen fest. Statt die zur Kasse zu bitten, die die Krise verursachen, lässt sie die breite Bevölkerung weiter auf echte Entlastungen warten. Gleichzeitig fließen hunderte Milliarden in Aufrüstung und unsere Generation wird in den gleichen Debatten als faul und unpolitisch abgestempelt.

Es ist in den letzten Jahren immer deutlicher geworden, dass die Politik Reiche schützt und die Lebensrealitäten der Millionen arbeitenden Menschen ignoriert. Wir wollen eine solidarische Politik, die Ungleichheiten bekämpft, Machtverhältnisse erschüttert und eine Zukunft einfordert, in der die Bedürfnisse der Mehrheit über Profitinteressen stehen.

Unser Anspruch als GRÜNE JUGEND liegt nicht darin uns mit der Realität abzufinden, sondern sie radikal zu verändern.

Unser wichtigster Hebel hierfür ist die Masse an Menschen, mit denen wir die gleichen Interessen teilen. Unsere Aufgabe ist es, eine Utopie für eine bessere Welt zu entwickeln, junge Menschen dafür zu begeistern und sie für unsere linken Ziele zu organisieren. Egal ob in der Partei oder auf der Straße: Unsere politische Praxis muss sich emotional an den Lebensrealitäten junger Menschen orientieren und das Ziel haben, sie zu aktivieren - darin liegt der Weg raus aus der Machtlosigkeit!

Ob Wehrpflicht oder Gesellschaftsjahr - wir sagen nein zu jedem Pflichtdienst!

Während in Schulen der Putz von der Decke rieselt, wachsen wir in einem System auf, dessen größtes Interesse es ist, uns schnell zu profitablen Arbeitskräften zu machen. Auf der einen Seite verpasst es der Staat seit Jahren, unsere Zukunft ausreichend zu finanzieren und spart Infrastruktur, Sozialstaat und unsere Kommunen kaputt. Auf der anderen Seite erwartet er nun, dass junge Menschen für ihn bereit sind, zur Waffe zu greifen. Dass das nicht aufgeht, ist keine Überraschung. Ein Bundeskanzler, der die 40% unserer Generation mit Migrationshintergrund als Problem im Stadtbild bezeichnet, kann nicht erwarten, dass wir für ihn "kriegstüchtig" werden. Warum sollten junge Menschen beim Dienst an der Waffe besser vergütet werden, als Erzieher*innen, die täglich Verantwortung für Kinder tragen und seit Jahren um faire Bezahlung kämpfen? Warum sollten junge Menschen, die im Jahr 2008 geboren sind, die zu Beginn der Corona Pandemie mitten in der Pubertät waren und die mal eben ihre Jugend in den eigenen vier Wänden verbracht haben, jetzt Lust haben, sich erneut in ihre Lebensplanung vom Staat reinreden zu lassen?

Musterung als "kostenfreier staatlicher Fitness test", bezahlter Führerschein, Zugang zu Ausbildungsangeboten und 2600 Euro brutto im Monat, was wie ein gutes Angebot für den Wehrdienst aussieht, ist nichts als ein billiger Lockversuch für die Arbeitende Klasse. Die Frage ist doch: für wen ist das attraktiv? Einen 18-Jährigen aus gut situierten Elternhaus, der ohnehin studieren wird und dessen

Führerschein längst bezahlt ist, lockt das Angebot kaum. Für einen Jugendlichen aus einer Familie, in der 2600€ brutto ein gutes Einkommen sind und in der ein Führerschein unbezahlbar bleibt, sieht die Rechnung schon ganz anders aus. Nicht die Überzeugung entscheidet, wer zur Bundeswehr geht, sondern die ökonomische Lage des Elternhauses. So wird deutlich: Für das aktuelle Deutschland, das von Ungerechtigkeit geprägt ist, werden nicht diejenigen in den Krieg ziehen, die von diesen aktuellen Verhältnissen profitieren, sondern die, die am meisten unter ihnen leiden.

Der vermeintlich progressivere Vorschlag, ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr für alle jungen Menschen einzuführen, hebt sich von den derzeit diskutierten Vorschlägen zur Wehrpflicht in keinsten Weise ab.

Wir akzeptieren keine Einschnitte in unser Recht auf Selbstbestimmung. Ein Freiwilligendienst kann für junge Menschen eine großartige Möglichkeit sein, sich zu engagieren und in Berufsfelder reinzugucken, die wir vorher nicht auf dem Schirm hatten. So ein Dienst darf aber nicht dafür genutzt werden, Personalmangel in Berufsfeldern auszugleichen, die durch eine schlechte Arbeitsmarktpolitik, niedrige Löhne und prekäre Arbeitsbedingungen verursacht wurden.

Gleichzeitig sehen wir, wie viele Menschen unserer Generation bereits sich engagieren wollen, dies aber aufgrund der geringen Bezahlung nicht leisten können.

Wir sind nicht bereit, dafür herzuhalten, wenn die Reichen und Mächtigen es nicht schaffen, die soziale Infrastruktur zu sichern. Deshalb widersprechen wir diesen Vorschlägen als GRÜNE JUGEND in aller Klarheit: **Wir sind gegen Pflichtdienste jeglicher Form - keine Schritte hin zum Zwang!**

Gesellschaftlicher Zusammenhalt lässt sich nicht mit Pflichten erzwingen. Was es dafür braucht sind solidarische Strukturen, gute Arbeitsbedingungen und den Ausbau sozialstaatlicher Infrastruktur. Wir lassen uns nicht gegen andere Generationen ausspielen! Schon heute ist unsere Generation vielfältig gesellschaftlich engagiert. Wer dieses Engagement fördern will, der muss Freiwilligendienste stärken.

Deshalb fordern wir einen Rechtsanspruch auf Freiwilligendienste, die armutsfest vergütet werden!

Dass in Folge des blutigen Angriffskriegs Vladimir Putins auf die Ukraine auch hier Debatten über unsere Verteidigungsfähigkeit geführt werden, ist grundsätzlich nachvollziehbar und richtig. Und auch stehen wir nach wie vor klar und deutlich an der Seite der Ukraine und befürworten die militärische Unterstützung zur Verteidigung ihrer Souveränität. Die Ukraine kämpft nicht nur um das eigene Staatsgebiet, sondern für Selbstbestimmung, Freiheit und Sicherheit in ganz Europa. Doch beobachten wir hierzulande zunehmend, wie eine sicherheitspolitische Debatte verkürzt und fokussiert auf die Kosten junger Menschen geführt wird - einer Militarisierung unserer Jugend stellen wir uns entgegen. So notwendig ernsthafte und breit gedachte Debatten über innen- und außenpolitische Sicherheit für alle Menschen, beispielsweise mit Blick auf die Sicherung unserer Energieversorgung, Schutz vor hybrider Kriegsführung und die Stärkung des Katastrophenschutzes sind, so wichtig ist es auch, die Hintergründe von kriegesischen Konflikten in den Blick zu nehmen.

Es sind die herrschenden Klassen, die in autoritären Regimen kriegesische Gewalt als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung ansehen. Dem widersprechen wir als GRÜNE JUGEND immer und überall. Dabei wird oft so getan, als hätten Nationalstaaten und ihre Zivilbevölkerung die gleichen Interessen. Das verschleiert die materiellen Interessen, die Profitgier und imperialistische Bestrebungen, die häufige Ursachen bilden. Die Zivilbevölkerungen sind die Leidtragenden dieser nationalstaatlichen Interessen, weshalb sie es sind, denen unsere Solidarität gilt. Darum unterstützen wir die Ukraine im Kampf gegen Putins Regime, um die russische und ukrainische pro-demokratische Bewegung im Kampf für Selbstbestimmung, Freiheit und Sicherheit zu unterstützen.

Macht und Mitbestimmung umverteilen

Aus diesen Gründen ist für uns klar: Wenn wir über Umverteilung sprechen, reicht es nicht, nur über Geld zu reden – wir müssen auch über die Verteilung von Macht sprechen. Wer in dieser Gesellschaft mitbestimmen darf, ist extrem ungleich verteilt. Kinder und Jugendliche sind von strukturellen und politischen Entscheidungsprozessen weitgehend ausgeschlossen. Über uns wird gesprochen, aber nicht mit uns.

Für eine wirklich generationengerechte Gesellschaft braucht es mehr als symbolische Jugendquoten, einmalige Beteiligungsprojekte oder bloße Schein-Partizipation. Es braucht strukturelle Mitbestimmung junger Menschen – in Politik, Bildung, sozialen Räumen und auf kommunaler Ebene. Wir fordern Entscheidungsräume, in denen Jugend nicht nur angehört, sondern gleichberechtigt mitgestalten kann. Denn es ist unsere Zukunft, über die in der Politik entschieden wird!

Mitbestimmung kann dabei nur funktionieren, wenn junge Menschen auch die Möglichkeiten haben, sich einzubringen. Das heißt: gut ausgestattete Schulen statt maroder Gebäude, eine funktionierende psychische Gesundheitsversorgung, und vor allem soziale Räume und dritte Orte, in denen Austausch, Kultur und politische Organisation möglich sind.

Mitbestimmen können aktuell die Jugendlichen, die dazu die nötigen finanziellen Mittel und Unterstützung aus dem Elternhaus bekommen. Teilhabe darf deswegen nicht länger vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Soziale Räume müssen kostenlos sein, inklusiv und vereinbar mit Familie und Nebenberufen.

Gleichzeitig ist für uns als GRÜNE JUGEND immer klar: Macht und Mitbestimmungen dürfen wir nicht nur in den etablierten Institutionen der Politik suchen, sondern immer auch auf der Straße und vor allem im Betrieb. Denn während sich unsere eigene Macht auf unsere Mitmenschen - auf mich, dich, unsere Nachbar*innen, Kolleg*innen und Freund*innen - stützt, sind Machtquellen der Reichen und Mächtigen ihre Aktien und Fabriken. Um diese Macht zu gewinnen, müssen wir die vielen Menschen organisieren und gemeinsam mit ihnen die genannten Machtquellen zum versiegen bringen - durch Organizing-Kampagnen und solidarische Strukturen und durch Proteste und Streiks, die die ausbeuterischen Abläufe in den Fabriken stoppen.

Unsere Schulen bröckeln – und die Zukunft gleich mit

Unsere Schulen sind selbst kaum in der Lage, gute Lern- und Beteiligungsbedingungen zu bieten. Sie sind marode und wir bräuchten alleine 55 Milliarden um unsere Schulinfrastruktur wieder funktionsfähig zu machen. Wo Gebäude bröckeln, bröckelt auch Teilhabe! Schulen sollten Orte sein, die Jugendlichen kritisches Denken und Hinterfragen von Politik und Gesellschaft beibringen. Aber genau diese Orte werden zunehmend zu Schauplätzen rechter Hetze. Wir erleben selbst zu oft, dass rechte Parolen nicht unterbunden oder sogar antidemokratische Inhalte vom Lehrpersonal selbst geteilt werden.

Eine demokratische, gerechte Gesellschaft braucht Schulen, die Jugendliche nicht verwalten, sondern befähigen: Räume, in denen Mitbestimmung gelernt, Diskriminierung widersprochen und politische Handlungsfähigkeit aufgebaut wird. Ohne starke Schulen gibt es keine starke Jugend – und ohne starke Jugend keine gerechte Verteilung von Macht. Und starke Schulen kann es nicht geben, ohne die Bereitschaft, den seit Jahren offen liegenden Investitionsstau in unserem Bildungssystem endlich angemessen anzugehen!

Krise macht krank

Die permanente Krisenerfahrung unserer Generation hat deutliche Spuren in unserer psychischen

Gesundheit hinterlassen. Gerade die Pandemie hat unsere prägendsten Lebensjahre massiv eingeschränkt und viele junge Menschen isoliert, verunsichert und überfordert zurückgelassen. Aktuelle Zahlen zeigen die dramatische Lage: 61 % der Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren geben an, psychisch belastet zu sein. Diese Realität muss endlich ernst genommen werden – mit niedrigschwelligem Zugang für junge Menschen zur psychischen Gesundheitsversorgung und mit einer Politik, die die Ursachen bekämpft und junge Menschen nicht länger allein lässt.

Mehr Freiräume für Jugend – mehr Stärke für die Demokratie

Demokratische Erziehung, Mitbestimmung und Debatten finden nicht nur im Unterricht statt, sondern vor allem dort, wo junge Menschen sich austauschen, ihre Lebensrealität spiegeln und Konflikte aushandeln können.

Wir brauchen diese Räume, damit wir junge Menschen organisieren können. Orte, an denen Jugendliche sich eigenständige Meinungen bilden, politische Interessen entwickeln und austauschen können. Studien und Erfahrungen aus der Jugendarbeit zeigen außerdem: Jugendliche, die Zugang zu solchen Räumen haben, sind politisch interessierter, offener für unterschiedliche Meinungen und weniger anfällig für menschenfeindliche oder verschwörungsideologische Inhalte.

Dazu gehören Jugendzentren, selbstverwaltete Räume, Kulturprojekte, aber auch Clubs und Sportvereine.

Konkret fordern wir deshalb:

- Eine Investitionsoffensive in unser Bildungssystem im Höhe von 100 Milliarden €
- Bessere soziale Absicherung für junge Menschen durch armutsfeste Azubi-Gehälter, einer Reformierung des Bafög durch Entbürokratisierung und eine deutliche, armutsfeste Erhöhung des Fördersatzes.
- Ablehnung jeglicher Form von Pflichtdienst, sei es als Wehrpflicht oder in Form eines Gesellschaftsjahres
- Gesetzlich festgeschriebenes Recht auf einen Freiwilligendienst mit armutsfester Vergütung
- Strukturelle Mitbestimmung von jungen Menschen in Politik, Bildung, sozialen Räume und auf kommunaler Ebene beispielsweise über die flächendeckende Etablierung von Kinder- und Jugendräten mit Stimmrecht sowie durch Stärkung der SchülerInnenvertretungen
- Ausbau psychologischer Hilfsangebote
- Stärkung und Förderung sogenannter dritter Orte als Stärkung für unsere Demokratie

Echte Umverteilung bedeutet, die aktuelle Verteilung von Ressourcen, Aufmerksamkeit und Macht radikal zu verändern und endlich gerecht zu verteilen. Junge Menschen müssen die Möglichkeit haben, diese Gesellschaft selbst aktiv mitzugestalten – nicht irgendwann, sondern jetzt!